Zeitschrift: Schweizer Kunst = Art suisse = Arte svizzera = Swiss art

Herausgeber: Visarte Schweiz

Band: - (1984)

Heft: 5

Artikel: Wo steht die Kulturinitiative und was können wir Künstler für sie tun? =

Initiative en faveur de la culture

Autor: Gantert, Hans

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-625556

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 29.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch



Wo steht die Kulturinitiative

und was können wir Künstler für sie tun?

Es war für niemand eine Uberraschung, dass der Bundesrat unserer Initiative mit einem Gegenvorschlag geantwortet hat. Die Resultate der Vernehmlassung des Jahres 1983 liessen kaum eine andere Reaktion zu. In absehbarer Zeit wird die eidg. Kultur-Initiative und der Gegenvorschlag des Bundesrates vom Parlament diskutiert und vor der Volksabstimmung durchberaten werden. Diese Tatsache alleine ist schon als Erfolg der Kultur-Initiative zu werten, unsere Initiative hat erreicht, dass zum ersten Mal in der Geschichte der Eidgenossenschaft eine prinzipielle Kultur-Diskussion auf breiter Basis im Parlament stattfindet. Diese Diskussion im Parlament ist auch materiell von grösster Wichtigkeit, da unabhängig vom Gesetzestext in der Bundesverfassung vieles auf die Interpretation, d.h. unter anderem auch auf die finanzielle Dotierung ankommt. Es kann uns also nicht gleichgültig sein, was die Parlamentarier mit dem Gegenvorschlag des Bundesrates machen, ob sie ihn verbessern oder ob sie ihn verwässern. Ob die beiden dürren Sätze des Textes über die Erklärung der guten Absichten hinaus zu konkreten Verbesserungen des Ist-Zustandes

In einer solchen Situation ertönt immer wieder der Ruf nach einer «Lobby» für Kultur im Nationalrat. Warum haben wir keine solche Lobby wie andere Berufsund Interessengruppen? Nun, wir haben zwar eine kleine «Kulturlobby» im Parlament, eine Gruppe von Nationalräten quer durch die Parteien hindurch, einen «Kultur-Club», der von Frau Doris Morf präsidiert wird und sich unserer Anliegen annimmt. Diese Gruppe tut sicher ihr Möglichstes, ihre Grösse ist aber ein genaues Abbild der bisherigen Gewichtung kultureller Fragen im Parlament. Wie also können wir Kulturschaffende diese Kulturgruppe im Parlament unterstützen? Was tun, damit die vielbesprochene Kluft zwischen Politikern und Kulturschaffenden in unserem Lande etwas aufgefüllt wird? Soll, wenn schon der Politiker im Allgemeinen mit dem Kulturschaffenden wenig im Sinne hat, dieser Kulturschaffende aktiv den Kontakt mit dem Politiker suchen? Sollte der Künstler selbst dem Politiker klarmachen, dass man ihn nicht als Spezialisten für aesthetische Fragen im Elfenbeinturm, sondern als Staatsbürger und Gesprächspartner anzusehen hat?

Aktion: Politiker und Künstler im Gespräch

Der Zentralvorstand schlägt deshalb eine Aktion vor, die geeignet ist, eine Beihilfe zur Sensibilisierung auch solcher Politiker zu leisten, für die kulturelle Fragen bisher noch keinen besonderen Diskussionsgegenstand bildeten.

Unser Plan: Jeder Parlamentarier wird einem oder mehreren GSMBA-Mitgliedern zur Kontaktnahme und zum Gespräch zugeteilt. Die Künstler selbst suchen den Kontakt auf eine persönliche Weise mit «ihrem» Parlamentarier. Die Art dieser Kontaktsuche selbst wird dem einzelnen Künstler überlassen, er wird sie so gestalten, dass sie sowohl dem Charakter des anzusprechenden Politikers als auch seinem eigenen Wesen entspricht. Die Kontaktsuche könnte mit persönlichen Gesprächen geschehen, aber auch mit Briefen, mit übersandten Zeichnungen, mit Grafiken, Karikaturen, mit sachlichen, originellen oder witzigen Informationen über den kulturellen Bereich und aktuelle Ereignisse der Kulturszene, je nach dem persönlichen Stil des kontaktsuchenden Künstlers und den Eigenheiten des anzusprechenden Politikers. Unsere Aktion ist ein Aufruf an unsere Mitglieder, gerade die Eigenschaften zu gebrauchen, die ihnen reichlich zugesprochen werden, nämlich Phantasie und Intuition.

Wir sind uns dabei bewusst, dass Phantasie und Intuition bei persönlichen Kontakten anders spielen als bei der Konzeption eines künstlerischen Werkes. Trotzdem vertrauen wir darauf, dass das Phantasie-Potenzial unserer Kolleginnen und Kollegen auch dieser Aufgabe gewachsen sein wird. Es gilt, sich zu fragen: Wie bringe

ich diesen bestimmten Menschen zu minimaler Anteilnahme an Problemen und an Interessen, die für mich Lebensinhalt sind? Wie kann ich einen überlasteten und gestressten Parlamentarier zur Einsicht bringen, dass kulturelle Fragen nicht nur ein paar professionelle Kulturschaffende angehen, sondern jeden Staatsbürger? Der Weg dazu kann nicht nur aus Argumenten bestehen, die meist nicht Sache von uns Künstlern sind, sondern aus Allem, womit sich sonst auch noch kommunizieren lässt, und sei es ein persönlicher Brief mit der herzlichen Einladung zur eigenen Vernissage und der Begründung, weshalb gerade dieser Politiker dabei nicht fehlen darf.

Die Vorteile dieser Aktion sehen wir darin: dieses Vorgehen hat einen gewissen Überraschungs- und Innovationseffekt, denn Ähnliches wurde von bildenden Künstlern noch nie gemacht. Es handelt sich nicht darum, primär den Einsatz des Politikers für unsere Belange zu verlangen, sondern ganz einfach selbst einmal gewisse Vorleistungen zur Herstellung und Verbesserung der Kontakte zu erbringen. Damit könnte dem Image des ewig fordernden, unzufriedenen, verwöhnten und elitären Kulturschaffenden vielleicht etwas entgegengewirkt werden. Besseres Wissen voneinander, bessere Kommunikation ist immer vorteilhaft, auch unabhängig von messbaren Ergebnissen.

Allerdings kann diese Aktion nur unter bestimmten Voraussetzungen Erfolg haben.

- 1. Sie muss von Künstlern einer bestimmten Region für die Parlamentarier eben dieser Region sozusagen massgeschneidert werden. Gewisse Voraussetzungen für persönliche Kontakte, ein kleines Zusammengehörigkeitsgefühlt sollte schon gegeben sein.
- Die Kontaktnahme darf zwar lustig sein, aber nie ins Geschmacklose abrutschen oder zur blossen Effekthascherei werden. Kontraproduktiv wäre jede Zwängerei oder ein taktloses Aufdrängen von unserer Seite.
- Mehr oder weniger alle Parlamentarier müssten erfasst werden, in der Regel sollte der Sektionspräsident als Koordinator wirken. Diese Aktion erfordert den persönlichen Einsatz möglichst aller unserer Mitglieder.

Zur Durchführung der Aktion: Sie wurde an der Präsidentenkonferenz von 28. April 1984 in Bern den Sektionspräsidenten vorgestellt und von ihnen positiv beurteilt. Unsere Zentralsekretärin, Frau Esther Brunner, wird zusammen mit den Sektionspräsidenten die Zuweisung der Parlamentarier an die einzelnen Sektionen und ihre Mitglieder vornehmen. Ebenfalls gehen «Zustandsmeldungen» und erste Erfahrungen, weitere Ideen und Anregungen an unsere Zentralsekretärin. Damit kann die Aktion: «Politiker und Künstler im Gespräch» anlaufen. Wenn unsere Mitglieder sich dafür einsetzen, darf man auf Reaktionen sehr gespannt sein...

> Für den Zentralvorstand: Hans GANTERT

Eidgenössische Kultur-Initiative

Am 19. Dezember 1983 hat der Bundesrat entschieden, die Kulturinitiative dem Parlament mit dem Antrag auf Verwerfung vorzulegen und gleichzeitig einen Gegenvorschlag zu unterbreiten.

Dieser Gegenvorschlag im Wortlaut: **Art. 27 septies (neu)**

- 1. Bei der Erfüllung seiner Aufgaben berücksichtigt der Bund die kulturellen Bedürfnisse aller Teile der Bevölkerung sowie die kulturelle Vielfalt des Landes.
- 2. Der Bund kann die Kulturförderung der Kantone unterstützen und eigene Massnahmen treffen.

Dieser Gegenvorschlag wurde der Presse am 18. April 1984 mit Erläuterungen vorgestellt und vom Initiativkomitee der eidg. Kulturinitiative mit der nachfolgend abgedruckten Pressemeldung kommentiert.

Pressemeldung

Das Initiativkomitee der Eidgenössischen Kulturinitiative, dem 14 gesamtschweizerische Kulturverbände angehören, hat an einer Sitzung in Zürich mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, dass sich der Bundesrat in seinem Gegenvorschlag zur Kulturinitiative zumindest zwei Forderungen der Initianten zu eigen gemacht hat: die Kulturförderung des Bundes soll eine verfassungsmässige Grundlage (Kulturartikel) erhalten und von einem erweiterten Kulturbegriff ausgehen. Damit lässt der Bundesrat erkennen, dass die Notwendigkeit einer Kulturpolitik des Bundes besteht.

Als verfassungsrechtliche Grundlage einer eidgenössischen Kulturpolitik vermag dieser Gegenvorschlag allerdings nicht zu befriedigen. Während die Kulturinitiative einen klaren kulturpolitischen Auftrag des Bundes in der Verfassung verankern will, lässt es der Gegenvorschlag bei einem Kompetenzartikel bewenden: der Bund kann die Kultur fördern, er muss aber nicht. Zudem zielt der Gegenvorschlag in die falsche Richtung: geht es der Kulturinitiative vor allem um die Förderung des aktuellen kulturellen Schaffens und der dafür notwendigen Voraussetzungen, so steht beim Gegenvorschlag - im Widerspruch zu seinem Kulturbegriff - eine rückwärtsgewandte, bewahrende Tendenz im Vordergrund. Während beispielsweise die jährlichen Mittel für die Denkmalpflege von 14.4 auf 30 Millionen aufgestockt werden sollen, wird sich die Bildende Kunst mit einer Erhöhung der Bundesbeiträge von 1,2 auf 1,5 Millionen und die Angewandte Kunst gar nur mit einer Erhöhung von 0,5 auf 0,6 Millionen begnügen

Gegenteilige Absichtserklärungen in der bundesrätlichen Botschaft erweisen sich angesichts der Höhe und der Struktur der vorgesehenen Kulturausgaben des Bundes als völlig unverbindlich.

Im übrigen hat Bundesrat Egli noch vor neun Monaten erklärt, der Bund habe bereits 1981 0,7 Prozent der gesamten Bundesausgaben für die Kulturförderung ausgegeben und die Forderung nach dem Kulturprozent renne somit offene Türen ein. Die neuesten, offiziellen Zahlen des Eidgenössischen Departements des Innern zeigen aber nun sehr deutlich, dass wir vom Kulturprozent (1 Prozent der jährlichen Bundesausgaben) noch weit entfernt sind. Im Finanzplan 1987 sind rund 70 Millionen für die Kulturförderung vorgesehen. Bei einem Gesamtbudget von über 20 Milliarden entspricht dies einem Anteil von rund 0,3 Prozent.

Aufgrund dieser Sachlage gibt der vorliegende Gegenvorschlag keinerlei Anlass, den Rückzug der Kulturinitiative auch nur in Erwägung zu ziehen. Die Notwendigkeit der Forderung nach einem zeitgemässen Kulturartikel in der Bundesverfassung bleibt bestehen.

Eidgenössische Kulturinitiative Das Initiativkomitee 30,4,1984



Initiative en faveur de la culture

Le 19 décembre, le Conseil fédéral a décidé de présenter l'initiative en faveur de la culture au Parlement en proposant le rejet. En contrepartie, il lui soumet un contre-projet.

Contenu du contre-projet

Art. 27 Septies (nouveau)

- La Confédération dans l'accomplissement de ses devoirs prend en considération les besoins culturels de toutes les couches de la population ainsi que la diversité culturelle du pays.
- La Confédération peut appuyer la politique d'encouragement à la culture des cantons et prendre des mesures particulières.

Ce contre-projet fut présenté avec des explications complémentaires à la presse le 18 avril dernier et commenté par le comité de l'initiative dans les termes du communiqué de presse ci-dessous.

Communiqué du comité de l'initiative en faveur de la culture

Lors d'une séance à Zurich, le comité de l'initiative en faveur de la culture, qui regroupe 14 associations culturelles reconnues par la Confédération, a pris connaissance avec satisfaction que le Conseil fédéral dans son contre-projet a au moins tenu compte des deux exigences des initiants: l'encouragement à la culture doit figurer dans le texte constitutionnel (article sur la culture) et on donnera à la culture une définition élargie. Ainsi le Conseil fédéral reconnaît la nécessité d'une politique culturelle sur le plan national.

Ce contre-projet ne peut en aucun cas servir de base constitutionnelle en matière de politique culturelle.

Alors que l'initiative veut ancrer une politique clairement définie dans le texte de la Constitution, le contre-projet en reste à un article de compétence: la Confédération peut encourager, mais ce n'est pas un devoir. En plus, le contre-projet va dans la fausse direction. Si l'initiative insiste avant tout sur la promotion de la création culturelle actuelle et l'aménagement des conditions nécessaires à sa réalisation, le contre-projet est plutôt tourné vers le passé et se rattache à la notion de conservation. A titre d'exemple, les moyens mis à disposition annuellement passeraient de 14,4 millions à 30 millions pour la protection des monuments, tandis que la somme allouée aux arts plastiques passeraient de 1,2 million à 1,5 million et celle destinée aux arts appliqués de 0,5 million à 0,6 million. La déclaration d'intention du Conseil fédéral demeure sans conséquence vu l'importance et la répartition des finances prévues. En outre, le conseiller fédéral Egli a déclaré il y a neuf mois que la Confédération avait déjà dépensé en 1981 le 0.7 % des dépenses pour la promotion de la culture et que la demande du 1 % «enfonce une porte déjà ouverte». Les derniers chiffres du Département de l'intérieur montrent bien qu'on est loin du 1% pour la culture. Dans le plan financier pour l'année 1987, sur un budget global de 20 milliards, les 70 millions accordés à la culture ne représente qu'environ 0,3 %. Par conséquent, le contre-projet présenté ne laisse même pas planer la moindre tentation de retirer l'initiative en faveur de la culture.

La nécessité d'exiger un article constitutionnel définissant le rôle de la Confédération en matière culturelle reste actuel.

- SEKTIONEN -



LA SPSAS LANCE UNE ACTION



Prochainement l'initiative en faveur de la culture et le contre-projet de la Confédération seront discutés au Parlement avant d'être soumis en votation populaire. Ce seul fait indique déjà la valeur du succès de l'initiative. Il est à remarquer que c'est la première fois dans l'histoire de la Confédération qu'un thème culturel sert à une large discussion dans le cadre du Parlement. Il sera intéressant de voir comment les parlementaires se définiront par rapport au contre-projet, à savoir s'ils l'amélioreront ou si, simplement, ils vont l'édulcorer. Il serait opportun d'entreprendre des démarches auprès des parlementaires pour mesurer leur degré de sensibilisation aux questions culturelles. Il est vrai que nous avons une commission adéquate au sein du Conseil national qui est présidée par Mme Doris Morf. Il est sans doute prévisible que ces parlementaires seraient néanmoins heureux de pouvoir compter sur une aide.

Au Comité central, l'idée d'une action a surgi qui pourrait satisfaire une telle aide à la sensibilisation à l'égard de parlementaires qui souvent ne se préoccupent pas beaucoup de politique culturelle.

Notre plan consistera à prendre en charge chacun des 250 parlementaires par un ou plusieurs membres de la SPSAS. Nous concevons cette prise en charge de la manière suivante: les artistes prennent contact avec les parlementaires personnellement et selon une approche «artistique». Cette démarche peut avoir lieu sous la forme d'un entretien personnel, mais elle peut aussi se réaliser à travers

une lettre, un dessin caractéristique, une caricature, ou à travers une informaiton tout à fait objective ou alors originale et humoristique. Il est évident que tout contact dans le domaine culturel peut se faire de n'importe quelle manière en fonction du style du demandeur et à partir du caractère du parlementaire concerné. Les avantages d'une telle actions sont les suivants:

- Elle provoque une certaine surprise et se distingue par son style novateur, car jamais de telles démarches ont été entreprises de cette façon par les artistes visuels.
- 2. L'impact pour l'initiative en faveur de la culture s'en trouverait augmenté, car les médias sont toujours friands de ce genre d'actualité accrocheuse.

De toute manière, cette action ne connaîtra son succès qu'à certaines conditions:

- 1. Elle doit être menée minutieusement par les artistes de la région à l'attention des parlementaires de cette même région.
- 2. Elle peut être drôle, mais jamais de mauvais goût, sinon elle risque de ne devenir qu'un exercice gratuit.
- Tous les parlementaires devraient être concernés. Il appartiendrait généralement aux présidents de section de fonctionner comme coordinateur pour l'ensemble de sa région.

Au nom du comité central: Hans GANTERT

Innerschweiz

GV 1984 vom 1. Mai

(sogar aus Versehen arbeitet unsere Sektion am «Tag der Arbeit»; mir macht das jetzt noch Bauchweh!)

Einige Änderungen im Vorstand. In der Amtssprache tönt dies so: Elmar Zemp, Präsident (bisher); Ruth Zehnder-Levap, Beisitzerin (bisher); Hans Eigenheer, Beisitzer (neu); Niklaus Lehnherr, Beisitzer (neu); Peter Widmer, Beisitzer (bisher); Bernhard Wyrsch, Beisitzer (bisher); Marcel Seitz, Kassier (neu); Christine Senn, Aktuarin (neu).

Als Vorstandsmitglieder zurückgetreten sind: Rolf Nyffeler, Vizepräsident; Bruno Müller, Beisitzer; Felix Brunner, Kassier, und Rosmarie Hohler, Aktuarin. Ihnen gebührt für ihre geleisteten Dienste unser aufrichtiger Dank!

Projektwettbewerb Wandmalerei

Schumacherhaus, Mühleplatz, Luzern

Der Hinweis, dass der Vorstand der GSMBA rechtliche Schritte gegen den Hausbesitzer in Erwägung ziehe, brachte Erfolg.

Der Initiant Emil Steinberger bezahlte, obwohl ihn am Abbruch der Übung kein Verschulden traf, den gesamten Betrag (Fr. 10000.–) aus eigener Tasche. Hans Eigenheer, einer der beiden Preisträger, verschenkte seinen Teil, und zwar Fr. 1500.– der GSMBA und Fr. 3500.– der Schule für Gestaltung Luzern. GrossARTig! L'ART pour l'art auf eine andere Art.

Skulpturen in Glas 84 (Vorschau)

5. Juli - 5. August, Kornschütte, Luzern

1984 ist das «année du verre» und an der Biennale in Venedig werden die Tschechen zum ersten Mal eine Glas-Skulptur zeigen.

Dank der Initiative Roberto Niederers und der «Glasi Hergiswil» entwickelt sich aber auch die Zentralschweiz zu einem eigentlichen Glaszentrum. Meilensteine in dieser Pionierarbeit sind: der Glaspreis Luzern 1980 und das Symposium Hergiswil 1983.

Am Projekt «Skulpturen in Glas 84» beteiligen sich ca. 30 Glaskünstler, Bildhauer und Maler aus dem Ausland und der Schweiz (auch GSMBA-Mitglieder) und auch die Schule für Gestaltung Luzern.

Vorsicht Glas – zerbrechlich!

Gualtiero GUSLANDI